SATZUNG

Der Wählergruppe „Freie Liste Freudenburg“ (FLF)

§ 1 – Name und Sitz der Wählergruppe

Die Wählergruppe führt den Namen „Freie Liste Freudenburg“, in Abkürzung FLF. Mit Eintragung in das Vereinsregister folgt der Zusatz e. V.
Sitz der Wählergruppe ist die Ortsgemeinde Freudenburg.

§ 2 – Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 – Ziel und Zweck der Wählergruppe

Die Wählergruppe verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
Die Freie Wählergruppe Freudenburg – FLF – ist eine Vereinigung mitgliedschaftlich organisierter Wähler, die eine sachgemäße Vertretung der wahlberechtigten Bevölkerung im Ortsgemeinderat Freudenburg anstrebt.

§ 4 – Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft

Mitglied kann jeder Einwohner der Ortsgemeinde Freudenburg werden, der mindestens 18 Jahre alt ist und die Gewähr dafür bietet, dass er sich zu den in §1 genannten Zielen bekennt.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

Mitgliedschaft endet durch

- Austritt, der schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt wird,
- Ausschluss
- Tod

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein die Ziele (§ 3) der Wählergruppe schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr. Über den Ausschluss entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes.

§5 – Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Der jährliche Beitragssatz von 12€ wird in den ersten 3 Monaten des Geschäftsjahres fällig.

Änderungen des Beitrags und der Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

§ 6 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder nehmen an der Willensbildung zum kommunalen Geschehen teil.
Sie unterstützen den organisatorischen Aufbau der Wählergruppe im Rahmen der Satzung.

§ 7 – Organe der Wählergruppe

Organe der Wählergruppe sind

- die Mitgliederversammlung (§ 8)
- der Vorstand (§ 9)

§ 8 - Mitgliederversammlung

Oberstes Organ der Wählergruppe ist die Mitgliederversammlung.

Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, Wahl des/der Kassenprüfer/in, Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.

Im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 8 Tagen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Veröffentlichung der Einladung erfolgt im kommunalen Amtsblatt der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell, unter der Rubrik „Politische Parteien“. Der Erscheinungstag sowie der Tag der Sitzung zählen nicht mit.

Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens 3 Tage vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen.

Anträge über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn keine begründeten Einwendungen gegen die Form und Frist der Einladung erhoben werden.

Über Einwendungen entscheidet unter Ausschluss des Rechtsweges der Vorstand.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.

Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.

Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorsitzenden, einem von ihm bestellten Schriftführer und zwei weiteren Mitglieder zu unterzeichnen ist.

§ 9 – Vorstand

Der Vorstand im Sinn des § 26 BGB besteht aus dem/der 1. und 2. Vorsitzenden, dem/der Schriftführer/in inklusive Pressewart, dem/der Kassierer/in, zwei Beisitzern.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.

Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden.

Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

Der Vorstand wird in geheimer Wahl, auf Antrag in offener Wahl von der Mitgliederversammlung gewählt. Vorzeitig ausscheidende Mitglieder des Vorstandes sind in der nächsten Mitgliederversammlung durch Ergänzungswahl zu ersetzen. Der Vorstand nimmt die organisatorischen Aufgaben der Wählergruppe wahr.

Die Einberufung der Vorstandssitzungen und der Mitgliederversammlungen und Versammlungsleitung obliegt dem/der Vorsitzenden, bei Verhinderung dem/der Stellvertreter/in und dann dem jeweils ältesten zur Verfügung stehenden Vorstandsmitglied.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Kommt eine Beschlussfähigkeit nicht zustande, ist vom Vorsitzenden eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Beschlussfassungen erfolgen mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Über Sitzungen des Vorstandes ist eine Handschriftliche Niederschrift zu fertigen, welche durch die anwesenden Vorstandsmitglieder zu unterzeichnen ist.

§ 10 – Kassenprüfer

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von 2 Jahren zwei Kassenprüfer/innen. Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein.

§ 11 – Wahlen durch die Mitgliederversammlung

Bei Wahlen, welche die Mitgliederversammlung vornimmt, ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Erreicht keiner der Kandidaten diese Mehrheit, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Ergibt sich hierbei Stimmengleichheit, so entscheidet das Los. Auch wo Gesetz oder Satzung dies nicht ausdrücklich vorschreiben, ist mittels Stimmzettel zu wählen, wenn mindestens fünf anwesende Mitglieder dies verlangen.

§ 12 – Abstimmungsverfahren

Bei Abstimmung in der Mitgliederversammlung, sowie im Vorstand ist offen abzustimmen, soweit nicht durch Gesetz eine geheime Abstimmung vorgeschrieben ist. Ansonsten ist die Abstimmung auf Antrag geheim vorzunehmen.

§ 13 – Verfahren über die Wahl der Bewerber, der Nachfolger und die Festlegung der Reihenfolge

Die Kandidaten werden in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Sofern die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit einer globalen Abstimmung zustimmt, ist diese zulässig, wobei auf dem Stimmzettel die Möglichkeit gegeben sein muss, für jeden Bewerber mit „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ abzustimmen. Die Kandidaten sind einzeln aufzurufen und die Versammlung ist zu befragen, ob Gegenvorschläge zur Person des Bewerbers gemacht werden oder ob eine Änderung der Reihenfolge beantragt wird. Sofern Gegenvorschläge unterbreitet werden, hat Einzelabstimmung zu erfolgen.

§ 14 – Haftung

Eine finanzielle Haftung aller Mitglieder der Wählergemeinschaft findet nicht statt. Es bewendet sich bei den Vorschriften des BGB.

§ 15 – Auflösung

Die Auflösung der Wählergruppe kann nur in einer mit diesem Tagesordnungspunkt einzuberufender Mitgliederversammlung mit 2/3 - Mehrheit der Mitglieder beschlossen werden.

Beträgt die Zahl der anwesenden Mitglieder weniger als 2/3, ist eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann mit einfacher Mehrheit der Erschienenen entscheidet.

Freudenburg, den 26.04.2023

Freudenburg den.....